

## **Einbringung Doppelhaushalt 2018/2019 am 26.10.2017**

### **Rede Erster Stadtrat Burkhard Ziegler**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

vor Ihnen auf den Tischen liegt der Entwurf des Doppelhaushaltes für die Jahre 2018 und 2019, wie er vom Magistrat in seiner Sitzung am 23. Oktober 2017 beraten und beschlossen worden ist.

Mit der Vorlage des Doppelhaushaltes 2018/2019 legt die Verwaltung den dritten beziehungsweise vierten Haushaltsplan in Folge vor, der ein positives Jahresergebnis ausweist.

Er erfüllt damit die mit dem Land Hessen geschlossene Entschuldungsvereinbarung.

Es ist der zweite Haushaltsentwurf der neuen Koalition. Es ist der zweite Haushalt unter Beteiligung der Freien Wähler, und es ist der erste Haushaltsentwurf von mir als zuständigem Kämmerer.

Eine Stadt lebt von ihren Menschen und Ziel der Politik muss es sein, die Stadt so zu gestalten, dass sie liebens- und lebenswert ist.

Wir benötigen einen Gestaltungsspielraum, um diese Stadt voranzubringen.

Hauptaufgabe hierbei ist die Zukunftssicherung der Kommune.

Wichtig ist eine Ausgewogenheit zwischen Einnahmen und Ausgaben.

Wir brauchen Freiraum für die wichtigen Aufgaben – und dürfen dabei nie vergessen, dass Wirtschaftlichkeit wichtiger ist als Sparsamkeit!

Erstmals seit vielen Jahren wird dieser Stadtverordnetenversammlung wieder ein Doppelhaushalt vorgelegt.

Warum machen wir das:

Wir kommen aus einer sehr starken Konsolidierungsphase und wollen sichergehen, dass wir diesen Pfad weiter beschreiten.

In einem Doppelhaushalt können wir besser und weiter planen.

Wichtig ist auch, dass wir nächstes Jahr damit nur einen Nachtragshaushalt machen müssen, der deutlich weniger Aufwand produziert.

Damit entlasten wir, wir reduzieren den administrativen und den politischen Aufwand erheblich.

So schaffen wir Ressourcen, denn ein Doppelhaushalt strafft die Verwaltungsarbeit.

Auch hoffe ich auf eine Genehmigung des Haushaltes für 2019 noch im Jahre 2018.

Ich gehe davon aus, dass dafür dann wieder der Landrat zuständig sein wird.

Damit können die Projekte direkt schon am Anfang des Jahres angegangen werden und wir ersparen uns die vorläufige Haushaltsführung, die ansonsten bis zur Genehmigung des Haushaltes gelten würde.

Ich möchte Ihnen in dieser Einbringungsrede einige grundlegende Informationen geben.

Ich will Sie nicht mit Zahlen bombardieren.  
Ich denke, dass es mehr Sinn macht, wenn Sie die Zahlen dem vorliegenden Werk entnehmen, und ich Ihnen grundsätzliche Einblicke in das „Innenleben“ eines Kämmerers der Freien Wähler gebe.  
Vor allen Dingen bin ich heute sehr stolz.  
Ich bin sehr stolz auf die Fraktion der Freien Wähler,  
und ich bin stolz auf die Koalition, bei der wir einen entscheidenden Anteil beitragen dürfen.

Wir konzentrieren uns bei unserer Arbeit auf die Finanzen, verlieren dabei aber nicht den Blick auf die Herausforderungen, die sich uns bieten.  
Wir wollen wirtschaftlich handeln und nicht an falscher Stelle sparen.  
Dass genau ist einer der Unterschiede zu der vorherigen Regierungskoalition.  
Was gemacht werden muss, wird gemacht und nicht verschoben.  
Sanierungsstaus sollen immer mehr der Vergangenheit angehören.  
Denn diese kosten letztendlich mehr Geld.  
Der Weg ist steinig – und wir sind noch lange nicht am Ziel. Aber, wir sind auf einem nachhaltigen guten Weg!

Die Freien Wähler sind bewusst nicht den einfacheren Weg der Opposition gegangen.  
Wir haben uns für den steinig und schwierigen Weg entschieden.  
Umsetzbare Lösungsvorschläge zu finden, das ist viel Arbeit, und dieser Arbeit haben wir uns gestellt. Wir sind bewusst in die Koalition gegangen.

Die Koalition hat Verantwortung übernommen und entscheidende Veränderungen vorgenommen.

Ich darf Ihnen heute einen Haushaltsentwurf präsentieren, der einen Überschuss ausweisen wird.

Ja, ich gebe zu, dazu waren unpopuläre Entscheidungen notwendig.  
Ich bin nach wie vor sehr erleichtert, dass wir diesen Weg gegangen sind.  
Die Erhöhung der Grundsteuer B war richtig und notwendig.

Ich kann Ihnen berichten, dass wir auf einem extrem guten Weg sind, den Schutzschirm zu verlassen.  
Dafür, und nur dafür, war es notwendig, auf Nummer sicher zu gehen.  
Und die sicherste Einnahmequelle, über die wir verfügen können, ist ganz klar die Grundsteuer B.

Die Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, Prioritäten zu setzen.  
Eingeengt durch Richtlinien und Rahmenbedingungen ist die kommunale Selbstverwaltung allerdings oft sehr relativ zu betrachten!

Aber:  
Prozesse müssen angeschaut und Ressourcen geschaffen werden, um die eigentliche Arbeit angehen zu können: das Setzen von Prioritäten!

Die Aufgabe eines Kämmerers ist es, Chancen und Risiken einschätzen zu können und einen Haushaltsentwurf präsentieren zu können, der so gestrickt ist, dass dessen Annahmen auch mindestens eintreffen werden.

Dies ist der wesentlichste Unterschied zu den Haushalten, die in der vergangenen Legislaturperiode vorgelegt wurden. Ein Paradigmenwechsel!  
Wenn Sie diesen **Chart** genauer anschauen, sehen Sie zum einen unten an dem Graphen die grausamen Defizite im Ergebnis der letzten Jahre.  
Der Ansatz der Jahre 2013 und 2014 (hier in blau) liegt deutlich über den Zahlen, die dann eintrafen.

Bei der vorherigen Koalition war es üblich, zwischen dem Ansatz bei der unsichersten Einnahmeart, der Gewerbesteuer, und der sehr wahrscheinlich eintreffenden Höhe, einen negativen Puffer einzuplanen.

Das heißt, man hat einen Betrag angenommen, bei dem man schon vorher wusste, dass er eigentlich nicht eintreten kann.

Nur so war es möglich, die eigentlich schon damals notwendige weitere Erhöhung der Grundsteuer B zu umgehen.

Ganz klar ausgesprochen bedeutete dies, dass in den Jahren 2013 und 2014 der Haushalt mehrmals bewusst an die Wand gefahren worden ist.

Es war dem Kämmerer und der rotgrünen Koalition klar, dass die Prognosen so nicht eintreffen können, aber es war offenbar wichtiger, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu bekommen, als einen Haushalt, der auch funktioniert und so planbar eintreffen würde.

Diese Art, mit geltendem Recht und Gesetz umzugehen, ist definitiv nicht unsere Art: Im Schuttschirmgesetz ist nämlich ganz klar festgelegt, dass Zahlen zu benutzen sind, die sicher eintreffen!

Gegen diesen Grundsatz wurde in der Vergangenheit mehrmals klar verstoßen. Seit dem Haushalt, den der Bürgermeister letztes Jahr eingebracht hat, und das sehen Sie hier auch schön im Chart, haben wir einen positiven Puffer zwischen Ansatz und tatsächlichen Einnahmen bei der Gewerbesteuer.

Diesen Weg gehen wir konsequent weiter, um sicherstellen zu können, einen genehmigungsfähigen und mindestens ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Wir haben uns den Tatsachen gestellt, nämlich den tatsächlichen Zahlen.  
Wir haben mit konservativen Planzahlen gearbeitet.

Denn nur so können notwendige Rücklagen gebildet werden.  
Rücklagen, die wir benötigen, um ausgeglichene Haushalte vorzuweisen, aber auch, um bei nicht vorhersehbaren wirtschaftlichen Einbrüchen, weiter handlungsfähig zu sein.

Dies wurde in den letzten Jahren versäumt.

Die Folgen kennen wir.

Sie sind für jeden sichtbar, und sie sind für jeden spürbar!

Wir haben es uns deshalb zum Prinzip gemacht, nur das Geld auszugeben, dass wir auch haben. Das ist für uns seriöse Haushaltspolitik!

Wir arbeiten mit Planzahlen, von denen wir sicher wissen, dass sie eintreffen werden. Transparenz und Ehrlichkeit sind hier unser Anliegen, dazu sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verpflichtet.

Wir müssen langfristig an den Punkt kommen, dass wir handlungsfähig sind. Und dabei möchten wir nur Geld ausgeben, dass wir auch tatsächlich zur Verfügung haben, oder sicher bekommen werden. Dazu braucht es Sicherheitspuffer, also Liquiditätspuffer.

Wir ersetzen damit ganz klar das Prinzip Hoffnung - wie es in der Vergangenheit gemacht wurde - durch das Prinzip Tatsachenentscheidungen.

Dies ist einer der wesentlichen Punkte, warum es bei der letzten Wahl so richtig war, für den Wechsel, also für die Freien Wähler zu stimmen.

Die Freien Wähler sind angetreten, mit der Ansage, die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Diesen Weg werden wir gehen. Dieser Haushaltsentwurf ist ein Meilenstein auf diesem Weg.

Ärgerlicherweise hat uns das Regierungspräsidium als Bedingung mitgegeben, dass ein Haushalt für 2018 nur dann genehmigungsfähig ist, wenn eine Straßenbeitragssatzung bis dahin erlassen wurde.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich diese Auflage für falsch halte, und dass die Einführung dieser Straßenbeitragssatzung deutlich mehr Unruhe bei den Bürgerinnen und Bürgern und Kosten in der Verwaltung produziert als es notwendig wäre.

Es gibt zu Recht Proteste in der Bevölkerung.

Die Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert, weil sie nicht wissen, was auf sie zukommt.

Die Entscheidung aber liegt nicht bei mir, und diese Entscheidung liegt auch nicht bei der Koalition!

Das zu Grunde liegende Gesetz wurde von der damaligen Landesregierung Ende 2012 geändert und ist als Landesgesetz 2013 in Kraft getreten.

Der Schutzschirm muss für sie auf Teufel komm raus ein Erfolg sein.

Und zur Finanzierung wollen sie offenbar jede Möglichkeit nutzen, die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse zu bitten.

Die Freie Wähler Fraktion hat ihren Unmut deutlich kundgetan und sowohl die Landesregierung, als auch die Fraktionen im Landtag mit einem offenen Brief angeschrieben, um diese Gesetzesgrundlage zu ändern.

Solange die Gesetzeslage aber so ist wie sie ist, bin ich als Kämmerer verpflichtet, geltende Gesetze einzuhalten.

Der Nichteinhalt von Gesetzen hätte möglicherweise Schadensersatzpflichten oder sogar strafrechtliche Konsequenzen zur Folge.

Sowohl die DKP/LL als auch die Grünen fordern uns bei diesem Thema immer wieder auf, Recht und Gesetz zu beugen.

Dies werden wir nicht mit uns machen lassen.

Wir werden bestehende Gesetze einhalten.

Es geht an dieser Stelle ganz klar um die prinzipielle Art, wie man Problemstellungen angeht.

Im Gegensatz zu den Oppositionsparteien wollen wir, wie wir an dieser Stelle auch bewiesen haben, ganz klar lösungsorientiert arbeiten und nicht nur populistisch agieren.

Ich hoffe aber inständig, dass es uns gelingen wird, die Straßenbeitragssatzung wieder abzuschaffen, bevor sie das erste Mal zum Tragen kommen wird und die Bürgerinnen und Bürger aufgrund dieser Satzung zur Kasse gebeten werden.

Genau das nennen wir Verantwortung übernehmen!

Was die grundsätzliche Haushaltsführung angeht:

Es erreicht mich regelmäßig die Kritik, wir hätten völlig unnötigerweise die Grundsteuer B erhöht.

Zum einen haben wir die Grundsteuer B ausschließlich erhöht, um den Anforderungen des Schutzschirms gerecht werden zu können und dabei auf Nummer sicher zu gehen.

Über 5 Mio. Euro waren aus den vergangenen Jahren aufzuholen.

Zum anderen Ja, wir haben Millionenüberschüsse in diesen Zeiten. Diese Millionenüberschüsse brauchen wir aber auch, denn zeitversetzt werden deutlich höhere Kreisumlagen fällig.

Zeitversetzt bleiben uns leider nur 33 Eurocent von einem Euro höherer Gewerbesteuererinnahmen.

Wir sorgen durch Rückstellungen, die wir gebildet haben, für die nächsten Jahre vor. Diese Rückstellungen vermindern den Überschuss um 2,3 Mio. Euro pro Jahr. Es bleibt also nicht viel übrig von den Überschüssen.

Ein weiterer Punkt kommt auch noch hinzu:

Die Kommunen erhalten von verschiedenen Steuerarten prozentuale Anteile des Aufkommens.

Im Drei-Jahres-Turnus werden die Höchstbeträge und Verteilungsschlüssel neu festgesetzt.

Aufgrund der diesjährigen Neufestsetzung ergibt sich für die Haushaltsplanung leider die Auswirkung, dass wir für die Jahre 2018 und 2019 mit jeweils rund 1 Million Euro an Mindererträgen rechnen müssen.

Wir haben streng nach Schutzschirmkonzept gewirtschaftet.  
Und wir haben höhere Einnahmen, weil wir konservativ geplant haben.  
Aus diesem Grund werden wir ab 2019, nachdem wir den Schutzschirm verlassen haben, den Hebesatz der Grundsteuer B in Schritten wieder zurückführen.

Dieser Haushaltsentwurf sieht vor, in 2019 den Hebesatz Grundsteuer B um 50 Punkte zu senken.

Bei all den konservativen Zahlen und den Sparbemühungen, die wir weiter verfolgen, haben wir aber auch eine ganze Menge Pflichtaufgaben, die wir erfüllen können:

- die Ganztagesbetreuung wird weiter ausgebaut,
- wir bauen vor allem in Mörfelden bedarfsgerecht die KiTas aus.

Leider wurde bei der Planung des Neubaugebietes am Walldorfer Weg der Bedarf an Plätzen in Kindertagesstätten deutlich unterschätzt!

Ein besonderes Augenmerk wollen wir auch dem Quartier rund um den Tizianplatz widmen.

Wir werden eine Vorlage präsentieren, mit der wir vorschlagen, in diesem Gebiet an dem städtebaulichen und sozialen Programm "soziale Stadt" teilzunehmen.

Auch übernehmen wir nach und nach die Sozialberatung für geflüchtete Menschen. Damit betreuen wir in Mörfelden-Walldorf unabhängig vom Status Menschen, die Hilfe brauchen.

Seit vielen, vielen Jahren beteiligt sich die Stadt Mörfelden-Walldorf wieder am wirklich nachhaltigen sozialen Wohnungsbau.

Mit den Spatenstichen für die Bebauung am Festplatz in Mörfelden und den Wohnungen Am Schlichter schaffen wir nachhaltige Werte, die nicht nur in Euro und Cent zu bewerten sind.

#### Zusammengefasst:

Wir arbeiten dezernatsübergreifend und nachhaltig an den wichtigen sozialen Themen.

Sehr interessiert haben wir uns mit den beiden für uns wesentlichen Themen befasst, mit denen die Landesregierung uns diesen Sommer überrascht hatte:

Wir hatten schon länger gebührenfreie KiTas gefordert und freuen uns, dass die Landesregierung einen Teil der Gebühren für Kindertagesstätten abschaffen will.

Es soll laut Landesregierung neben dem beitragsfreien dritten Jahr nun auch das erste und zweite Kindergartenjahr für die Eltern gebührenfrei gestaltet werden.

Doch wie sieht die Umsetzung aus? Mangelhaft!

Noch gibt es keine gesetzliche Grundlage und wir wissen nicht, wie die Eltern auf den Vorstoß der Landesregierung reagieren werden.

Aus meiner Sicht ist dieses Vorhaben nicht ausreichend finanziert, denn der größte Teil der Mittel dazu kommt aus dem kommunalen Finanzausgleich. Damit ist dieses Angebot der Landesregierung eigentlich ein Angebot, mit **unserem** Geld etwas zu machen, dass man **uns** vorher weggenommen hat. Auch reichen die knapp 136 Euro pro Kind und Monat bei weitem nicht aus, um den Standard zu halten.

Ein KiTa-Platz kostet rund 850 Euro und davon zahlt die Stadt allein über 500 Euro. Die Damen und Herren in der Landesregierung wissen ganz genau, dass die 136 Euro zu wenig sind.

Diese Gelder reichen gerade einmal für eine Aufbewahrung der Kinder – nicht für eine echte Betreuung. Dies steht im krassen Gegensatz zum notwendigen und geforderten Erziehungsauftrag.

Als vor zehn Jahren das dritte Kindergartenjahr von Elterngebühren freigestellt wurde, wurden der Kommune damals 100 Euro an Bambini-Zuschüssen erstattet.

In den letzten zehn Jahren, wurden die Zuschüsse nie erhöht, obwohl sich unsere Kosten in den letzten zehn Jahren um rund 75 Prozent erhöht haben.

Die chronische Unterfinanzierung der Kommunen wird also wieder einmal durch einen einseitig ausgerufenen Rechtsanspruch verstärkt!

Das zweite Überraschungspaket, das am Anfang der Sommerferien präsentiert wurde, heißt Hessenkasse.

Man könnte es sicher einfach auch „Schutzschirm II“ nennen. Auch hier sind einige wichtige Fragen noch nicht geklärt.

Auch hier schätze ich die Sachlage anders ein als es die Landesregierung uns verkaufen möchte.

Nicht ein Drittel sondern mindestens zwei Drittel der notwendigen Finanzmittel werden durch kommunale Gelder finanziert.

#### Zusammengefasst:

Die Beitragsfreiheit für Kindergartenkinder wird uns rund 200.000 Euro pro Jahr kosten.

Wie hoch uns die Hessenkasse belasten wird, kann derzeit noch nicht genau gesagt werden – ich rechne aber mit zusätzlichen Belastungen von rund 1-1,5 Mio. Euro jährlich.

Letztendlich geht es uns darum, für die Zukunftssicherung der Kommune zu arbeiten. Für diese Zukunftssicherung müssen wir Verantwortung übernehmen.

Beraten Sie in den nächsten Wochen in ihren Fraktionen und sehr gerne auch mit uns diesen Haushaltsentwurf. Lassen Sie einen wichtigen Aspekt dabei nicht außer Acht: Wirtschaftlichkeit ist wichtiger als Sparsamkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum Abschluss meiner Rede bedanke ich mich sehr, sehr herzlich bei dem Team des Amtes für Finanzen, für Ihre überragende Arbeit bei der Erstellung des Haushaltsentwurfes. Insbesondere geht mein Dank an Frau Germann, Frau Schnaubelt und Herrn Pietsch und allen, die sonst noch beteiligt waren.

Auch gilt mein Dank an die Amts- und Abteilungsleitungen, die in den letzten Monaten diesen Haushalt gemeinsam mit dem Haushaltsteam und mir aufgestellt haben.

Wie im letzten Jahr der Bürgermeister, möchte auch ich Ihre besondere Aufmerksamkeit auf den Vorbericht lenken. Denn er bietet Ihnen im Gegensatz zu den früheren Jahren umfassende und anschauliche Informationen.

**Der Haushaltsentwurf für die Jahre 2018/2019 ist hiermit eingebracht.**

Nun ist es an Ihnen, diesen Haushalt zu beraten und in der Dezembersitzung zu beschließen.

Für Ihre Beratungen stehen Ihnen sowohl das Team vom Amt für Finanzen als auch ich gerne zur Verfügung.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen gute Haushaltsberatungen.